



Wirtschaft Aktuell

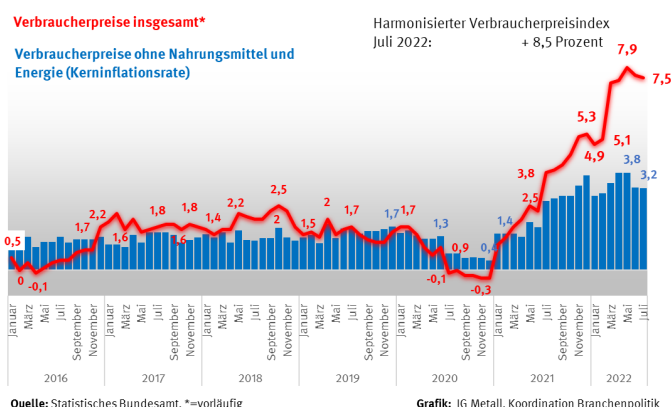
Preisdynamik gefährdet konjunkturelle Erholung

Die Preisdynamik bleibt hoch: Im Juli stiegen die Verbraucherpreise um 7,5 Prozent. Nach Einschätzung der Bundesbank könnte die Inflationsrate im Herbst auf zehn Prozent ansteigen. Wesentlich hierfür ist die Zunahme der Preise für Energie und Lebensmittel. Die hohen Preissteigerungen fressen die Ersparnisse auf und mindern die Realeinkommen. Dementsprechend stürzt der Konsumklimaindex auf einen historischen Tiefpunkt. Auch die Unternehmen sind von den steigenden Energiepreisen betroffen, sie können sie aber über höhere Erzeugerpreise weiterreichen. Die Einfuhrpreise für Erdgas haben sich im Vergleich zum Vorjahr verdreifacht und treiben insgesamt massiv die Energiepreise für die gewerblichen Abnehmer und die Verbraucher. Mit der geplanten Gaspreismulage steigen die Energiepreise weiter. Fehlende Kaufkraft droht den privaten Konsum auszubremsen.

Als Folge von Krieg und Sanktionen werden die steigenden Preise immer mehr zum Problem. Im Juli betrug der Anstieg der Verbraucherpreise 7,5 Prozent. Das ist kaum weniger als der bisherige Höchstwert von 7,9 Prozent im Juni. Die Preise gehen weiter durch die Decke. Auch die Kerninflationsrate, bei der mit den Preisen für Energie und Lebensmittel wichtige Inflationstreiber rausgerechnet wurden, liegt immerhin noch bei 3,2 Prozent. Eine Trendwende ist nicht absehbar.

Verbraucherpreise

Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent, letzter Wert: Juli 2022



Im Gegenteil, im Herbst ist mit einem noch größeren Anstieg der Verbraucherpreise zu rechnen. Im September laufen einige Maßnahmen des Entlastungspaketes, wie der Steuer-nachlass auf Treibstoffe und das 9-Euro-Ticket aus. Die Gasumlage ist bereits fest beschlossen, auch wenn es an den Details noch Korrekturen geben dürfte. Mit der neuerlichen Unterbrechung der Pipeline North-Stream 1 schießen die Gaspreise weiter in die Höhe. Die Lieferketten funktionieren immer noch nicht reibungslos. Der schwache Eurokurs verteuert die Importe weiter. Alles in allem rechnet die Bundesbank mit einem Anstieg der Inflationsrate auf "... eine Größenordnung von zehn Prozent." (Bundesbank Monatsbericht August). Dieser

Wert bezieht sich allerdings auf den zuletzt noch etwas höher liegenden europäisch harmonisierten Verbraucherpreisindex.

Die hohe Inflationsrate wird immer mehr zur Belastung der konjunkturellen Entwicklung. Auch die zinspolitische Wende der Notenbanken zur Bekämpfung der Inflation belastet die Konjunktur. Wichtigster Faktor der wirtschaftlichen Erholung ist der private Konsum. Dieser setzt einen entsprechenden Anstieg der Reallöhne voraus. Die Masseneinkommen (Nettolöhne plus monetäre Sozialleistungen wie beispielsweise die Renten) sind im zweiten Quartal 2022 gerade einmal um 2,5 Prozent angestiegen. Wenn man nur die Nettolöhne betrachtet, dann fiel der Anstieg mit 5,9 Prozent zwar deutlich kräftiger aus, aber auch diese Zunahme reicht bei einer Inflationsrate von über sieben Prozent nicht aus, um die Kaufkraft zu erhalten.

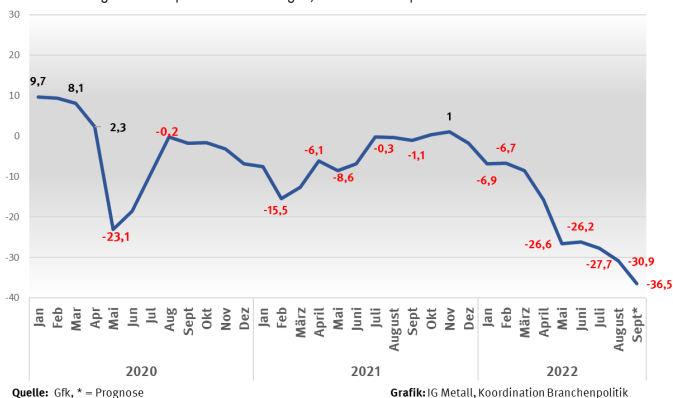
In den letzten Monaten wurde der private Konsum auch über das Entsparen finanziert. Vor allem im Corona-Jahr 2020 stiegen die Ersparnisse stark an, weil durch die Corona-Beschränkungen die Konsummöglichkeiten eingeschränkt waren. Auf diese Weise hatte sich in Deutschland eine Überersparnis (im Vergleich zu der Sparneigung in normalen Jahren) von 200 Milliarden Euro herausgebildet. Nach Angaben des ifo-Instituts auf der Basis Finanzstatistik der monetären Finanzinstitute wurden ca. 70 Milliarden Euro dieser Überersparnis als liquide Mittel auf Bankkonten geparkt. Bis zum Ende des ersten Quartals 2022 wurde dieser Sparüberschuss restlos aufgebraucht. Er steht für die Finanzierung des privaten Konsums nicht mehr zur Verfügung.

Angesichts dieser Entwicklung ist es kein Wunder, dass die Konsumneigung einen historischen Tiefpunkt erreicht hat. Der für den September prognostizierte Wert des GfK-Konsumklimaindex ist mit -36,5 so niedrig wie noch nie. Die höheren Ausgaben für Energie und Lebensmittel fehlen bei der Anschaffung anderer Konsumgüter. Zudem ist aktuell das Entsparen in ein Angstsparen umgeschlagen. Die Menschen schaffen ein finanzielles Polster für harte Zeiten.



GfK-Konsumklimaindex

Saldo aus negativen und positiven Erwartungen, letzter Wert: September 2022*



Quelle: GfK, * = Prognose

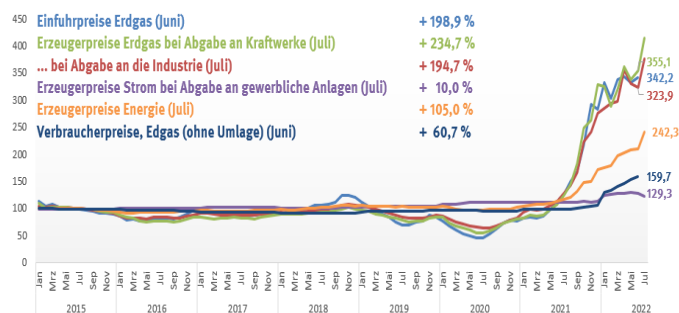
Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Nicht nur die Verbraucher*innen sind von höheren Energiepreisen betroffen, sondern auch Unternehmen, die Energie für die eigene Produktion brauchen. Doch anders als die Verbraucher*innen sind die Erzeuger von Waren und Dienstleistungen in der Lage, Preissteigerungen zumindest teilweise an ihre Kunden weiterzugeben. **Im Juli stiegen die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte lt. Statistischem Bundesamt in Deutschland insgesamt um 37,2 Prozent gegenüber Juli 2021 und damit so stark wie noch nie seit Beginn der Erhebung im Jahr 1949.** In diese Preise fließen auch die Erzeugerpreise für Energie ein. Ohne Energieträger stiegen die Erzeugerpreise „nur“ um 14,6 Prozent. Die Preise für die Energieträger erklären folglich einen Großteil der Erzeugerpreisdynamik, zumal auch in den verbliebenen 14,6 Prozent die höheren Energiepreise für die Produktion von Vorprodukten einfließen.

Unter den Energiepreisen waren es vor allem die Erdgaspreise, die zu Buche schlugen. Terminmärkte deuten bis Ende des Jahres auf weitere deutliche Preissteigerungen. Die Einfuhrpreise für Erdgas haben sich im Juni im Vergleich zum Vorjahr beinahe verdreifacht (plus 198,9 Prozent). Die Erzeugerpreise bei Abgabe an Kraftwerke erhöhten sich im Juli gar um 234 Prozent, während die industriellen Abnehmer ebenfalls beinahe mit einer Verdreifachung (194 Prozent) der Gaspreise konfrontiert wurden. **Die Erzeugerpreise für Energie insgesamt verdoppelten sich im Juli gegenüber dem Vorjahr. Der Gaspreis beeinflusst damit maßgeblich die Energiepreisdynamik.**

Erzeugerpreise für Energie bei Abgabe an die Industrie, Kraftwerke und gewerbliche Anlagen und Verbraucherpreise für Edgas (ohne Umlage)

Index 2015 = 100, letzter Monatswert Juni/Juli 2022



Quelle: Destatis

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

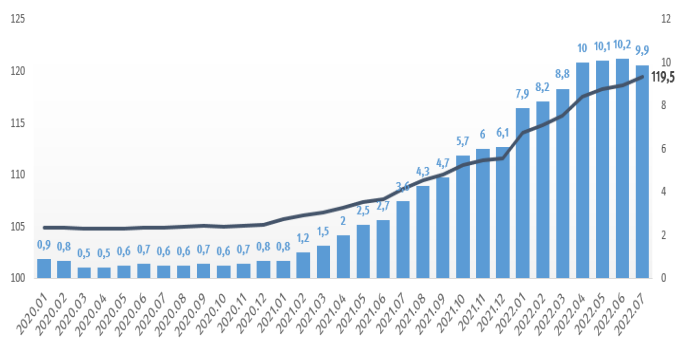
Da die Strompreise längere vertragliche Laufzeiten haben, schlägt sich der Energierohstoffpreis erst mit zeitlicher Verzögerung darin nieder. Der Erzeugerpreis für Strom stieg im Juli gegenüber dem Vorjahresmonat bei Abgabe an gewerbliche Anlagen „nur“ um 10 Prozent. Die Laufzeitbindung schützt momentan auch noch die Verbraucher vor den dramatisch angestiegenen Gaspreisen. Die Gaspreismulage wird die Laufzeitbindung aufheben. Allerdings stiegen die Verbraucherpreise für Erdgas bereits im Juli (also noch ohne Umlage) um 60,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr und damit sehr viel stärker als die gesamten Verbraucherpreise (plus 7,5 Prozent).

Die Teilbranchen der Metall- und Elektroindustrie sind unterchiedlich stark von höheren Energiepreisen betroffen. So sehen sich insbesondere die Metallherzeugung und die Herstellung von Metallherzeugnissen aufgrund eines relativ hohen Anteils der Energiekosten an den Gesamtkosten vor besondere Herausforderungen gestellt. Der Energiekostenanteil ist bei den Gießereien mit 5,2 Prozent am höchsten (Destatis). Am geringsten ist er im Automobilbereich und beim Sonstigen Fahrzeugbau mit 0,5 Prozent. Allerdings stecken die Energiekosten auch in den Vorprodukten, deren Preise ebenfalls aufgrund anziehender Energiekosten steigen.

Es lässt sich zeigen, dass gerade die Branchen mit dem höchsten Energiekostenanteil auch diejenigen waren, die in den letzten Monaten ihre Erzeugerpreise deutlich erhöhen konnten. Den größten Preissprung vollzog die Metallherzeugung mit plus 24,1 Prozent im Juli gegenüber dem Vorjahr. Es folgen die Metallherzeugnisse mit plus 15,9 Prozent und die Elektrischen Ausrüstungen (plus 10,6 Prozent). **Insgesamt konnte die M+E-Industrie ihre Erzeugerpreise um knapp 10 Prozent erhöhen.** Jedoch lagen die jährlichen Preissteigerungen in den vergangenen Monaten noch höher. So überstiegen etwa die Erzeugerpreise für die Metallherzeugung im April noch um 43,3 Prozent ihren Vorjahreswert. Mittlerweile wirkt schon der Basisseffekt: Weil die Preise bereits vor einem Jahr anzogen, ergibt sich im Jahresrückblick ein geringerer Anstieg. Aufgrund der Gasumlage dürften sich in den nächsten Monaten auch die Kosten für das Verarbeitende Gewerbe weiter erhöhen. Offen ist, inwieweit die Unternehmen, wenn es keine Entlastung geben sollte, auch dann noch die höheren Kosten weitergeben (können).

Entwicklung der Erzeugerpreise in der Metall- und Elektroindustrie

Index 2015 = 100, Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik